

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/56

NÜRNBERG - SPD-PARTEITAG
21. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Bilanz von Nürnberg</u>	47

Unüberschbarer Beitrag zur politischen Willensbildung unseres Volkes

1a	<u>Unnötige Aufregung</u>	32
----	---------------------------	----

Die Bundesrepublik und die Oder-Neiße-Linie

2	<u>Sicherheit und Abrüstung</u>	38
---	---------------------------------	----

Zu einer bemerkenswerten Initiative von Willy Brandt

3	<u>Wo sind sie geblieben... ?</u>	49
---	-----------------------------------	----

Die Frauen auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg

Von Ulrike Rics

4	<u>Ein Warnsignal</u>	39
---	-----------------------	----

Die Betriebsrätewahl auf der Zeche "Pluto" in Wanne-Eickel

Von Heinz Westphal, KdB

5 - 7	<u>Die Schweizer und die Deutsche Sozialdemokratie</u>	143
-------	--	-----

Rückblick und Ausblick

Von Staatspräsident Walter Brüngel, Schaffhausen

* * *

Die Bilanz von Nürnberg

Unübersehbarer Beitrag zur politischen Willensbildung unseres Volkes

sp - Der Parteitag der SPD in Nürnberg hat wohl jedem politisch denkenden Menschen in Deutschland und in der Welt deutlich gemacht, daß diese Partei schonungslos Bilanz ziehen kann und fähig ist, die ihr gestellten Aufgaben zu meistern. Wenn man vor Nürnberg lesen und hören konnte, es sei ein Parteitag des "Aufstandes gegen die Führung" zu erwarten, mag diesem oder jenem Betrachter des Zeitgeschehens Angst und Bange geworden sein. Trotz harter Auseinandersetzungen, trotz gelegentlicher Versuchungen, Unbequemes unausgesprochen zu lassen oder durch Phrasen zu überdecken, hat die Partei Weg und Ziel ihrer nächsten Aufgaben abgesteckt. Sie tat es in dem Bewußtsein, daß die deutsche Demokratie eine starke und geschlossene Sozialdemokratie braucht, wenn sie Bestand haben soll.

Die vom Parteitag verabschiedeten innen- und außenpolitischen Entschlüsse sind das Ergebnis einer guten Arbeit auf allen Ebenen der Partei. Wo gelegentlich die Diplomatie die eine oder andere Kontur zu verwischen gedachte, wurden klare Linien gezogen. Wo Gruppeninteressen andeutungsweise einen Durchbruch versuchten, wurden sie auf die Interessen der Allgemeinheit zurückgeführt. Sogenannte Flügelbildungen zerstoßen in Ansatz und erlebten in der Diskussion - besonders in den Arbeitsgemeinschaften - die notwendige Besinnung auf die Realitäten, mit denen wir uns alle täglich auseinandersetzen müssen.

Kur wer die SPD wenig kennt, den mag das überraschen. Und wer vor dem Parteitag Randerscheinungen, von Zeitungsüberschriften ausgehend, der Sozialdemokratie unterstellen wollte, sie sei "durcheinander", muß - wenn er nicht böswillig ist - heute ein anderes Bild haben.

Zugegeben, die Führung einer Partei mit über 750.000 Mitgliedern hat es nicht leicht. Sie muß tatkräftig und zielstrebig, fähig zur Willensbildung sein und Überzeugungskraft besitzen. Der Spitze der Parteiführung wurde in Nürnberg bestätigt, daß sie diese Eigenschaften hat. Auch der neu gewählte Vorstand wird - dessen sind wir sicher - die ihm übertragenen Aufgaben meistern.

Von diesem Parteitag in Nürnberg kann als Bilanz die Feststellung getroffen werden, daß er politisch im besten Sinne des Wortes war. Die Delegierten haben durch ihre Entscheidungen einen unübersehbaren Beitrag zur politischen Willensbildung unseres Volkes geleistet. Dieses Ergebnis kann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit Stolz erfüllen.

+ * *

Unnötige Aufregung

Die Bundesrepublik und die Oder-Neiße-Linie

sp - Der Parteitag hat zu diesem Thema einen eindeutigen und klaren Beschluß gefaßt. Er hat schon jetzt ein weltweites Echo. Innenpolitisch ist unsere Position auf Kritik und Zweifel gestoßen. Die Vertriebenen haben sich beunruhigt erklärt. Wir sehen keinen Grund für Beunruhigung oder Kritik.

Seit die Bundesrepublik besteht, hat sie niemals die Gebiete jenseits von Oder und Neiße für sich zurückgefordert. Es ist niemals verlangt worden, daß die Bundesrepublik etwa einen Gebietsstreifen zwischen Polen und der DDR erhalten soll. Die Bundesrepublik hat im Gegenteil mehrfach erklärt, daß **keine** neue Umsiedlung oder Vertreibung beabsichtigt ist. Sie hat festgestellt, z.B. in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966, daß sie eine frei vereinbarte Grenze zwischen Polen und Deutschland wünsche. Wir wollen also auch keine Grenzänderungen gegen den frei erklärten Willen Polens.

- * Dies bedeutet, daß die Oder-Neiße-Linie sich nicht ändern wird,
- * solange es die Bundesrepublik gibt. Dies bedeutet logisch, daß
- * die Bundesrepublik für die Dauer ihrer Existenz die Oder-Neiße-
- * Linie respektieren und anerkennen kann, ohne damit die Rechts-
- * position zu verlassen, wonach eine endgültige Regelung nur durch
- * eine friedensvertragliche Regelung erfolgen kann.

Die Anerkennung und Respektierung der Oder-Neiße-Linie ergibt sich zwingend aus dem erklärten Wunsch der Bundesregierung, zur Versöhnung auch mit Polen zu kommen, den Gewaltverzicht verbindlich für alle bestehenden Grenzen in Europa auszusprechen und das erklärte Verständnis für den polnischen Wunsch, in gesicherten Grenzen zu leben.

Die Formel, die der Parteivorsitzende geprägt und die der Parteitag bestätigt hat, ist unbestreitbar neu. Sie ist ebenso unbestreitbar eine logische Weiterentwicklung dessen, was in den Erklärungen der Bundesregierung vielleicht nicht so deutlich erkennbar gesagt worden ist. Es ist jetzt Sache Polens, sich in der ihm richtig erscheinenden Weise zu äußern, wobei man davon ausgehen kann, daß die Bedeutung einer derartigen Äußerung in Warschau sicher genau verstanden wird.

Sicherheit und Abrüstung

Zu einer bemerkenswerten Initiative von Willy Brandt

sp - Das Problem der gleichwertigen Rüstungseinschränkung und -begrenzung wird in der deutschen und internationalen Politik sicher bald eine wichtige Rolle spielen. Brandt hat auf dem Nürnberger Parteitag in seiner Rede zur außenpolitischen EntschlieÙung dieses Thema direkt angesprochen, als er sagte, die Bundesrepublik wolle in den Fragen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung "eine Politik des Beispiels" einleiten. Niemand könne zwar vor der Tatsache die Augen verschließen, daß die Rüstungsausgaben in den meisten Ländern des Warschauer Paktes in letzter Zeit wieder erhöht wurden, was natürlich die Bundesrepublik und ihre westlichen Partner zu großer Aufmerksamkeit veranlasse. Dennoch müssen immer wieder neue Bemühungen unternommen werden, um a l l e Staaten von der sie gleichermaßen erdrückenden Last dieser Ausgaben zu befreien. In diesem Zusammenhang kündigte der Bundesaußenminister an, er werde im Außenministerium eine größere und intensiv arbeitende Apparatur zur Ausarbeitung von Abrüstungsvorschlägen bereitstellen.

Diese von der Öffentlichkeit leider nicht allzu sehr beachtete Bemerkung Brandts ist ein Programm. Einmal wird der Wille der Bundesregierung manifestiert, der Sicherheitspolitik durch Abrüstung und Rüstungseinschränkung mehr Aufmerksamkeit als bisher zu widmen. Zum anderen wird aber auch die Erwartung daran geknüpft, daß in Osten und Südosten Europas Gleiches geschehen möge.

Bei diesen Vorhaben geht es auch um eminent wichtige wirtschaftspolitische Fragen. Wenn es zum Beispiel richtig ist, - was Sachverständige behaupten - daß heute die Verteidigungskapazität eines modernen Industriestaates mit weniger Mitteln als bisher erhalten bleiben kann, dann ergibt sich von selbst die Überlegung, daß durch die Einschränkung kostspieliger Massenapparaturen Geld frei wird für wichtige gesellschaftspolitische Vorhaben.

Außerdem: eine aktive Abrüstungspolitik mit dem permanenten Appell an die "Gegenseite", ebenfalls Rüstungsbegrenzungen vorzunehmen, ist ein entscheidender Beitrag zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit unserer Friedenspolitik.

Aus allen diesen Gründen ist es gut, daß der Bundesaußenminister die Federführung einer solchen Aufgabe übernimmt. Der Außenminister ist zugleich Vizekanzler und Vorsitzender der größten demokratischen Partei Deutschlands. Sein Wort hat in den weltweiten Bemühungen um die Sicherung des Friedens Gewicht.

Wo sind sie geblieben... ?

Die Frauen auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg

Von Ulrike Ries

Eigentlich fielen die weiblichen Delegierten auf dem Nürnberger Parteitag nicht so sehr auf, daß es sich lohnte, viele Worte darüber zu verlieren. Aber es waren doch zu wenige, die eine wertvolle blaue Stimmkarte bei sich trugen, daß die Sache schon zu einem Problem wird. Selten wurde es deutlicher, daß die "gesellschaftliche Umbruchstimmung", von der alle reden, an den Frauen spurlos vorüberzugehen scheint. Der Nürnberger Parteitag war, und darüber trägt auch nicht die Anwesenheit von elf weiblichen Delegierten hinweg, ein Männerparteitag. Es ist verlorene Mühe, Moral zu predigen oder Krokodilstränen darüber zu vergießen. Auf der anderen Seite weiß man aber wirklich nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man beobachtet, wie hier die Jugend begonnen hat, ihren Platz zu erobern, die Frauen jedoch immer weiter auf das Abstellgleis geschoben werden. Diese in der Gesellschaft unüberschbare Tendenz zur patriarchalischen Ordnung hat sich ausgerechnet in der Partei eingemistet, die früher für das Frauenwahlrecht gestritten hat und sich im kommenden Jahr dafür einen 50-jährigen Jubiläumsorden umhängen kann.

Willy Brandt machte zwar einen gelungenen Scherz, als er darauf hinwies, daß es sehr zufriedenstellend sei, wenn man die Zusammensetzung des festlichen Abends auf dem Parteitag beobachtete. Natürlich war es den Delegierten mehr als recht, das Vergnügen mit den Frauen zu teilen. Aber dieses Trostpflaster ist kein Argument gegen die mangelnde Bereitschaft, auch Frauen an der politischen Arbeit zu beteiligen.

Wie ernst die rezessive Entwicklung des weiblichen Einflusses in der Politik genommen wird, zeigte folgende Begebenheit: Ein Antrag wurde den Delegierten zur Unterschrift vorgelegt, der forderte, daß die Frauen künftig nicht mehr ihren Beruf aufgeben müssen, um ihre Haushaltspflichten zu erfüllen. Ein solcher Paragraph, der immer noch im BGB zu finden ist, sollte laut Antrag beseitigt werden. Die Kommentare der Delegierten, die diesen Antrag unterstützen sollten, bewiesen das große Verständnis für dieses Problem. Wohlwollend bis mißtrauisch waren die Mienen vieler Männer. Sie hatten wohl etwas dagegen, daß die Ehefrauen nach diesem Antrag künftig dieselben Rechte haben sollten wie ihre Männer. "Heißt das etwa, daß meine Frau dann nicht mehr zu spülen braucht, wenn sie arbeiten geht?" fragte deshalb auch ein Delegierter, der sich erst nach längerer Überredungskunst dazu entschloß, seinen Kugelschreiber in Bewegung zu setzen.

Obwohl Annemarie Renner mit ihrer Forderung, die Repräsentanz der Frauen in der Politik zu verstärken, bei ihren männlichen Kollegen auf großen Beifall stößt, ist der Schritt vom Applaus bis zur Unterstützung fast nur mit großer Überwindung zu schaffen. Keine Angst, Vorwürfe gibt es kaum zu hören, sie würden die Freiheit des guten Willens nur noch mehr einschränken. Nur wenn wir 1969 das 50-jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts feiern, sollten die Männer in der SPD jedoch eins zugeben: Das Wahlrecht haben sie den Frauen zwar gegeben, aber sie haben es versäumt, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Ein Warnsignal

Die Betriebsrätewahl auf der Zeche "Pluto" in Wanne-Eickel

Von Heinz Westphal, MdB

Die große Zahl der Stimmen, die bei den Betriebsratswahlen auf der Zeche "Pluto" in Wanne-Eickel für eine Liste abgegeben wurden, in der sich Kandidaten zusammengefunden haben, die der NPD und der DFU nahe stehen, muß als bedrückendes Ereignis empfunden werden. Es spiegelt die Tatsache wider, daß die Kumpel von "Pluto" noch immer nicht wissen, ob ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Hier kommt ein Protest zum Ausdruck, der sich eigentlich gegen frühere Bundes- und Landesregierungen richtet, die die Bergbau-Strukturkrise lange Jahre ohne Lösung vor sich hergeschoben haben.

Diejenigen Bergarbeiter, die ihre Stimme aus Protest und Unsicherheit leichtfertig einer Kandidatengruppe gegeben haben, die weder die Kraft noch die Absicht hat, Arbeitsplätze zu sichern und soziale Gerechtigkeit im Betrieb zu schaffen, sind weder NPD-Leute noch Linksradikale. Sie haben ihrem von der IG Bergbau und Energie bisher allein gestellten Betriebsrat eine Schlappe zugefügt, die er nicht verdient hat.

Aus eigener Mitwirkung weiß ich, wie sehr sich der Vorsitzende S. Baranowski und seine Kollegen bei der Unternehmensleitung, bei der Landesregierung und bei der Bundesregierung bemüht haben, um das Schicksal der Stilllegung von der Zeche "Pluto" abzuwenden. Ich bin sicher, daß sich die Repräsentanten der IG Bergbau und Energie, die weiterhin die Mehrheit des neuen Betriebsrates stellen, in ihren Bemühungen um das Wahl der "Pluto"-Kumpel nicht beirren lassen. Alle demokratisch gesonnenen Bürger Wanne-Eickels werden ihnen dabei helfen müssen.

Die ersten Erfolge der Kohlepolitik des Bundeswirtschaftsministers Schiller zeichnen sich ab. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß die Bergbau-Unternehmer sich endlich - ohne an ihren Profit zu denken - zu einer Gesamtgesellschaft zusammenfinden, die im Zusammenwirken mit den absatzfördernden Maßnahmen und den Maßnahmen der wirtschaftlichen Neustrukturierung des Ruhrreviers der Kohle ihren Anteil an der Deckung des Energiebedarfs sichern. Das wird die Kumpel aus ihrer Unsicherheit befreien und den über 600 Wählern der Außenseiter-Liste zeigen, daß sie diesmal - zu ihrem eigenen Nachteil - aufs falsche Pferd gesetzt haben. Die Politiker in Bonn aber sollte das "Pluto"-Ergebnis zu noch schnelleren Entscheidungen über das Kohlegesetz und die Gesamtgesellschaft antreiben.

Die Schweizer und die Deutsche Sozialdemokratie

Rückblick und Ausblick

Von Stadtpräsidenten Walter Bringolf, Schaffhausen

Die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben auch während der Zeit des Nationalsozialismus keine Unterbrechung erfahren. Über die Grenzen hinweg wurden, wenn auch oft unter großen Schwierigkeiten und noch grösseren Opfern, immer wieder Informationen ausgetauscht. In meinem Besitze befindet sich eine ganze Kollektion der SOPADE-Informationen über die Lage im nationalsozialistischen Deutschland, die ich ergänzen konnte und auch ergänzte durch Orientierungen und Nachrichten, die aus anderer Quelle zu uns kamen. Nicht zuletzt erinnere ich daran, daß für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und ihren eigenen politischen Informationsdienst während der Zeit des Nationalsozialismus die Flüchtlinge, Soldaten und politischen Emigranten teilweise wertvolle Nachrichten vermittelten und Zeugnis ablegten davon, daß im nationalsozialistischen Deutschland der Kern der verfolgten Sozialdemokraten und Gewerkschafter den freiheitlichen Ideen treu geblieben ist.

+ + +

Das war in bestimmten Zeiten nicht unwichtig, weil die nationalsozialistische Propaganda darauf ausging, außerhalb Deutschlands den Eindruck zu erwecken, als ob tatsächlich das ganze deutsche Volk verseucht, vor dem Terror der NSDAP kapituliert habe und dem Machtdünkel der Nazis erlegen sei. Nicht unwichtig war auch die Pflege der Beziehungen, die die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hauptsächlich durch Nationalrat Hans Oprecht und mich mit den Emigranten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands pfleg. Ich traf Erich Ollenhauer 1936 in Prag mit anderen Freunden und wir trafen deutsche Sozialdemokraten noch 1939 in Paris und pflegten auch Kontakte, die unsere Beziehungen in der Nachkriegszeit vorbereiteten.

Im Jahre 1946 besuchte der damalige Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Hans Oprecht, mit mir unsere sozialdemokratischen Freunde in Stuttgart. Wir nahmen an der Wiederaufrichtung der deutschen Gewerkschaften Anteil in einer Zeit, da das Besatzungsregime noch streng und hart durchgeführt wurde, in einer Zeit aber auch, da noch eine gewisse Unklarheit über die kommenden Ereignisse und insbesondere über das Schicksal Deutschlands bestand. 1948, als viele nach dem Beginn der Blockade Berlins diese Stadt verließen, haben wir, Hans Oprecht und ich, eingeladen durch unsere sozialdemokratischen Freunde in Berlin, mit dem letzten zivilen Flugzeug einen Besuch in Berlin gemacht. Wir blieben eine ganze Woche in Berlin und informierten uns über die Absichten der Russen, über die Haltung der westlichen Alliierten und führten Gespräche mit den verantwortlichen Vertretern der deutschen Sozialdemokraten, mit Franz Neumann, Willy Brandt, mit Ernst Reuter, mit Annedore Leber und vielen anderen. Mit einem amerikanischen Militärflugzeug kehrten wir zurück, um unseren Parteiorganen zu berichten. Zum ersten Male anlässlich dieses Blockadebesuches in Berlin begegnete ich Willy Brandt, damals noch Redakteur der einzigen sozialdemokratischen Zeitung, die in Berlin erschien.

+ + +

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ließ sich seit dem Wiedererstehen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an allen ihren Parteitag und auch an Sonderkonferenzen, zu denen sie eingeladen wurde, vertreten. Es war für uns äußerst wertvoll, auch innerhalb der Sozialistischen Internationale diese für unsere Orientierung und für die Herstellung und Pflege persönlicher und freundschaftlicher Kontakte notwendigen Beziehungen auszubauen. Beiläufig erinnere ich daran, daß ich im Jahre 1947 Kurt Schumacher im Hotel Eimathof in Zürich abholte und mit ihm gemeinsam zur Konferenz der Comisco, also der damals bestehenden internationalen Zusammenarbeit der Sozialisten, ins Kongreßhaus in Zürich fuhr, wo Schumacher seine erste große Rede an uns europäische Sozialisten aller Länder seit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus halten konnte.

Auch an unseren Parteitagen war die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stets repräsentativ vertreten. Vor allen Dingen aber war es ein kleiner führender Kreis der Sozialdemokraten der Schweiz, bestehend aus Hans Oprecht, Walther Bringolf, Hermann Leuenberger, Willy Spühler und Eduard Zellweger, der in den Nachkriegsjahren jährlich ein- bis zweimal, besonders nach 1951, kameradschaftlich-freundschaftliche Beziehungen mit einer führenden Vertretung der deutschen Sozialdemokraten durchführte. Unsere deutschen Freunde waren vorwiegend vertreten durch Fritz Erler, Alex Möller, Dr. Troeger, zeitweise auch Erich Ollenhauer. Diese Gespräche dienten der gegenseitigen Information über die Beurteilung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung in der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland, in den internationalen Beziehungen der beiden Länder untereinander und zu anderen europäischen Ländern.

- + +

Von allergrößter Bedeutung war es anfangs der fünfziger Jahre bis gegen Ende der fünfziger Jahre, diese Gespräche, die oft ein bis zwei Tage dauerten, einmal im Schwarzwald, auch am Genfersee oder anderswo stattfanden, mit der klaren Zielrichtung zu führen, sich gegenseitig beizustehen im Bemühen, der demokratisch-sozialistischen Entwicklung Sorgfalt und Förderung angedeihen zu lassen. Die Periode des Nationalsozialismus und Faschismus, die schrecklichen Erlebnisse während des Zweiten Weltkrieges, die Hetze gegen die Marxisten-Sozialisten und die Verfolgung aller derjenigen, die sich zur menschlichen, zur politischen Freiheit und zur Demokratie bekannten, haben uns Sozialdemokraten, die wir direkt alle diese Ereignisse erlebten, zu Realisten gemacht. Wir von der älteren Generation verachteten Phrasen und falsches Pathos ebenso sehr wie das die jungen, von einem gewissen revolutionären Elan getriebenen Sozialisten tun. Gerade darum sollten wir die gemeinsame Sprache finden. Zu den realen Erkenntnissen, die sich aus unseren gegenseitigen Gesprächen, Beobachtungen und Erfahrungen ergeben, gehört das eindeutige, unverfälschte Bekenntnis zur sozialen Demokratie.

Die soziale Demokratie in der Bundesrepublik, darüber waren wir uns immer einig, ist in wesentlichen Teilen anders als in der Schweiz. Es ist eine andere Geschichte und eine andere Entwicklung. Die Schweiz besitzt die Referendumsdemokratie. Bis in jede Gemeinde hinein besteht das Recht, mit Hilfe des Referendums Beschlüsse der Exekutive

oder der Parlamente anzufechten und das Volk anzurufen; aber es besteht auch das Recht, auf dem Wege der Initiative Verfassungs- und Gesetzesänderungen herbeizuführen. Bei den Anforderungen unserer Zeit ist die Referendumsdemokratie, das sei offen eingestanden, etwas schwerfällig geworden. Mancher Bürger und manche Bürgerin haben über Vorlagen abzustimmen, die sie oft auch beim besten Willen nicht genau in ihren letzten Zusammenhängen begreifen können, so daß es zu einer Vertrauensangelegenheit wird, ob sie ja oder nein sagen.

+ + +

Sorgen, das sei unumwunden zugestanden, haben wir uns immer gemacht über die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik. Wir Schweizer Sozialdemokraten, aufgrund unserer Beziehungen, von denen ich gesprochen habe und die bis heute andauern, erblicken nach wie vor in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein zuverlässiges und wirksames Instrument für die Sicherung bestehender demokratischer Rechte und für den Ausbau der demokratischen Rechte und Institutionen.

Dieser Ausbau ist ein Teil, und zwar ein wesentlicher Teil unseres Kampfes. Die Demokratie wird niemandem in der Welt, keinem Volk, geschenkt. Jedes Volk muß sie erarbeiten, erkämpfen, jedes Volk muß sie sichern und jedes Volk muß sie immer wieder neu erarbeiten und erkämpfen. Dabei darf man auch nicht vor harten Entscheidungen zurückschrecken. Ich zähle mich zu jenen, die über die studentischen Unruhen in deutschen Universitätsstädten nicht allzusehr in Sorge geraten sind. Schließlich hat der Kampf um die deutsche Demokratie in unserem Zeitabschnitt erst richtig begonnen. Von unserem schweizerischen Blickfeld aus konnte er in der Zeit des Kaiserreiches nicht mit Erfolg geführt werden, aber auch der Zeitabschnitt der Weimarer Republik, wenn ich an die Jahre 1919 bis 1932 denke, reichte dafür nicht aus. Dann kam die Erschütterung durch den Nationalsozialismus und die Etablierung einer Diktatur. Gerade diese Zusammenhänge und Feststellungen erlauben es, zu sagen, daß der Kampf um die soziale Demokratie in Deutschland erst begonnen hat und dieser Kampf ein Kampf gegen alle reaktionären Kräfte, gegen alle, die von vorgestern sind, und sich heute verstecken hinter heuchlerischen Worten. Ich denke an die SPD.

+ + +

Die soziale Demokratie hat auch nicht nur die Pflicht, sondern das Recht auf Selbstverteidigung nach außen, also das Recht auf eine Armee, die dieser Verteidigungsaufgabe dient. Das waren weitere Gedankengänge, die den Meinungsaustausch zwischen schweizerischen und deutschen Sozialdemokraten erfüllten und die heute noch zwischen unseren beiden Parteien, jede trägt ja in ihrem Lande eine wichtige Mitverantwortung für die Regierungs- und Landespolitik, lebendig sein müssen. Der direkte Kontakt zwischen benachbarten sozialdemokratischen Parteien wird durch die Sozialistische Internationale und ihre Konferenzen nicht ersetzt. Ich spreche ihm deshalb nach wie vor das Wort und ich wäre glücklich, wenn wir Sozialdemokraten Europas, und insbesondere wir Sozialdemokraten der Schweiz, mit den Sozialdemokraten Deutschlands weiterhin offen, freundschaftlich und im Interesse unserer gemeinsamen Anschauungen und Ideen diese Kontakte pflegen könnten.

+ + +